

Potsdam (MOZ) Steigt die Zahl der Brandenburger oder nimmt sie ab? Und wenn ja, dann wo und was ist zu tun? Die Enquetekommission des Landtages zum ländlichen Raum kreist seit zwei Jahren um diese Fragen.

Wieder ein Gutachten! Nachdem das Landesamt für Statistik erklärt hatte, dass es mit Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung überfordert ist, hat die Enquetekommission noch einmal eine Studie zu Entwicklungsperspektiven im "metropolenfernen Raum" in Auftrag gegeben.

Tim Leibert vom Institut für Länderkunde Leipzig zeichnet ein eher ernüchterndes Bild. In der Prignitz, der Uckermark und der Lausitz überwiegen die Kommunen mit ungünstiger Geburtenrate, hoher Sterberate, Wegzug vor allem junger Leute und geringem Zuzug.

Insgesamt weisen 47 Prozent der brandenburgischen Gemeinden eine höhere Sterberate als Geburtenrate und Wanderungsverluste auf. Selbst in den Gemeinden in der zweiten Reihe, die Zuwanderung verzeichnen, stehe die Entwicklung auf tönernen Füßen, weil es sich dabei oft um ältere Menschen handelt oder wenn Kinder vorhanden sind, die zur Ausbildung wieder Richtung Berlin verschwinden.

Auch im Berliner Umland schreitet die Überalterung voran. Inzwischen liegt Brandenburg hinter Sachsen-Anhalt beim Durchschnittsalter der Bevölkerung auf Platz zwei im Ländervergleich. Der Wissenschaftler empfiehlt, die Mittelzentren zu stärken und die Willkommenskultur auch für die Binnenwanderer zu erhöhen.

Irgendwann platzte es dann aus der SPD-Abgeordneten Ina Muhß heraus. Ihre Heimatstadt Wittstock erfüllt alle Kriterien: Mittelzentrum, Autobahnanschlüsse, Bahnanbindung und eine top sanierte Innenstadt. Trotzdem geht es mit der Bevölkerungszahl immer weiter nach unten. "Vielleicht sollten wir nicht immer über eine mögliche Trendwende reden und akzeptieren, dass die Stadt nicht mehr 18 000 oder 15 000 sondern nur noch 8000 Einwohner hat wie vor hundert Jahren, und uns darauf konzentrieren, dass die 8000 gut leben", so die Ostprignitzerin.

Während ein Teil der Kommissionsmitglieder darüber diskutierte, wie man durch besseren Nahverkehr, durch die Aufhebung von Baubeschränkungen oder durch aktive Werbung um Berliner die Zuwanderung erhöhen kann, fragte die Linkenpolitikerin Margitta Mächtig, ob neue Dorfbewohner wirklich überall gewollt sind. Die Konflikte treten nicht nur dann auf, wenn neue Straßen für neue Siedlungen gebaut und Anliegerbeiträge erhoben werden. Auch diejenigen,

die in der Hoffnung auf Entschleunigung aufs Land ziehen, wollen nicht, dass ihre neue Heimat den idyllischen Charakter ändert. Problematisch ist auch der Zuzug von Menschen, die nach wie vor ihren Hauptwohnsitz in der Großstadt haben. Für sie muss Infrastruktur vorgehalten werden, auch wenn ihre Einkommenssteuer nicht in die Gemeinden fließt.

Jens Graf vom Städte- und Gemeindebund war der Meinung, dass alle derzeit vorhandenen Prognosen die Entwicklung in Berlin und damit die Auswirkungen für Brandenburg unterschätzen. In den vergangenen Jahren mussten 120 bis 130 Schulklassen mehr eingerichtet werden als das Land ursprünglich geplant hatte.

Leibert ist skeptisch, ob die Entwicklung dauerhaft anhält. An der Überalterung der Bevölkerung und der Tendenz, dass die Sterbefälle die Geburten und Zuzüge überwiegen, werde das in den meisten Fällen nichts ändern. Er geht auch davon aus, dass der Run auf die Bundeshauptstadt bereits wieder abebbt. Negativ wirke sich für Berlin und Brandenburg aus, dass vor allem junge Männer zuwandern, aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland. Brandenburg hatte seit den 90ern vor allem junge Frauen durch Abwanderung verloren und hat immer noch einen Männerüberschuss.

Henryk Wichmann, CDU-Abgeordneter aus der Uckermark, will trotzdem auf Zuzug setzen. Dazu brauche man mehr Chancen für Neubauten - ohne landesplanerische Beschränkungen - und eine bessere Verkehrsanbindung. Vor allem aber müsse am Image Brandenburgs gefeilt werden. Es sei viel zu wenig bekannt, wie schön Brandenburg ist.